



Brüssel, den 6. April 2018  
(OR. en)

---

---

Interinstitutionelles Dossier:  
2013/0103 (COD)

---

---

7631/18  
ADD 1

CODEC 462  
WTO 49  
ANTIDUMPING 5  
COMER 29

#### I/A-PUNKT-VERMERK

---

Absender: Generalsekretariat des Rates  
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

---

Betr.: Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) 2016/1036 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern und der Verordnung (EU) 2016/1037 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Union gehörenden Ländern (**erste Lesung**)

- Annahme des Standpunkts des Rates in erster Lesung und der Begründung des Rates
- = Erklärungen

---

#### Erklärung der Niederlande

"Die Niederlande können der endgültigen Einigung über die Modernisierung der Handelsschutzinstrumente zustimmen. Die Niederlande sind jedoch nach wie vor sehr besorgt angesichts der neu geschaffenen Möglichkeit, dass die Anwendung von Handelsschutzmaßnahmen auf dem Festlandsockel durch Zollbehörden durchgesetzt werden kann.

Die Niederlande möchten sichergehen, dass dieses Element des Vorschlags über die Modernisierung der Handelsschutzinstrumente erst umgesetzt wird, wenn die Rechtsvorschriften der Union insofern geändert wurden, dass die Anwendung und Erhebung von Zöllen erleichtert wird und die erforderlichen Änderungen der IT-Systeme des Zolls vorgenommen wurden, sodass diese Systeme diese neue Aufgabe bewältigen können. Diese Änderungen müssen als Teil der umfassenderen IT-Entwicklungen im Rahmen des mehrjährigen strategischen Aktionsplans und des IT-Arbeitsprogramms des **Zollkodex** der Union vorgenommen werden. Diese Voraussetzungen müssen bei den künftigen Beratungen über den Durchführungsrechtsakt in den einschlägigen Gruppen des Rates vor dessen Annahme erfüllt sein."

### **Gemeinsame Erklärung Maltas und Dänemarks**

"Wir stellen fest, dass das Ergebnis des Dossiers "Modernisierung der Handelsschutzinstrumente" insgesamt ausgewogen und annehmbar ist. Wir akzeptieren zwar das Ergebnis, möchten aber dennoch unsere Besorgnis darüber zum Ausdruck bringen, dass die Möglichkeit eingeführt wurde, auf dem Festlandsockel Zölle anzuwenden.

Dieses Element war weder Bestandteil des Kommissionsvorschlags noch des ursprünglichen Standpunkts des Rates. Es steht in keinem Verhältnis zu dem Problem, das damit gelöst werden soll, und es könnte für bestimmte Mitgliedstaaten einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand in Form von praktischer Überwachung, Beobachtung, Kosten und Durchsetzung durch die Zollbehörden mit sich bringen.

Angesichts der Beratungen über dieses Element möchten wir darauf hinweisen, dass es eines Mechanismus bedarf, der in Bezug auf Verwaltung und Kosten möglichst wenig aufwändig ist, und wir fordern die Kommission auf, möglichst bald Klarheit zu schaffen. Die Kommission sollte auch keinen Vorschlag für einen Durchführungsrechtsakt unterbreiten, bevor nicht alle Mitgliedstaaten sich davon überzeugt haben, dass die neuen Bestimmungen praktikabel sind."

### **Erklärung Schwedens**

"Der Vorschlag für eine **Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1225/2009 des Rates** wird zu mehr Handelsprotektionismus beitragen und so der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der EU schaden."